

Legitimität der repräsentativen Demokratie in Ost und West

Giebler, Heiko; Horvath, Sandra; Weßels, Bernhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Giebler, H., Horvath, S., & Weßels, B. (2020). Legitimität der repräsentativen Demokratie in Ost und West. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 65, 3-7. <https://doi.org/10.15464/isi.65.2020.3-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

GESIS) innerdeutsche Unterschiede in verschiedenen zuwanderungsspezifischen Einstellungen. Sie ergründen in ihrer Analyse, welche individuellen und kontextuellen Faktoren solche innerdeutschen Unterschiede erklären können. Es zeigt sich, dass diese Ost-West-Differenzen weniger auf regionale Unterschiede in individuellen Merkmalen der Befragten zurückzuführen sind, sondern vielmehr auf Eigenschaften der Bundesländer.

Der abschließende Beitrag von Steffen Pötzschke & Bernd Weiß (beide GESIS) stellt das GESIS Panel als zentrale Datenerhebungsinfrastruktur des Solikris-Projektes vor. Dabei wird zunächst auf die allgemeinen Vorteile eingegangen, die sich aus der Nutzung des Panels für Drittmittelprojekte ergeben. Außerdem werden die konkreten Fragebogenmodule erläutert, die im Rahmen von Solikris realisiert wurden.

Das Forschungsprojekt



Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt *Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa*, kurz *Solikris*, erforscht die Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse in Zeiten europaweiter Krisen. Ziel ist es, sowohl die Auswirkungen von Krisen auf Solidarität besser zu verstehen als auch den Fokus auf eben jene Aspekte zu legen, welche die größten Probleme oder Herausforderungen für etablierte Demokratien bedeuten. *Solikris* vereint mehr als ein Dutzend Sozialwissenschaftler/innen von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Projektlaufzeit: 01.12.2017 - 01.12.2020

Weitere Infos im Internet: <https://www.gesis.org/projekte/solikris/home>



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386



Legitimität der repräsentativen Demokratie in Ost und West

Heiko Giebler^{1, 2}, Sandra Horvath² & Bernhard Weißels^{2, 3}

¹ Freie Universität Berlin, ² Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, ³ Humboldt-Universität zu Berlin

Dreißig Jahre deutsche Vereinigung und immer noch verschiedene politische Kulturen? Schon früh nach der Vereinigung wurde deutlich, dass es starke Unterschiede in der Einschätzung der Demokratie der Bundesrepublik zwischen Ost und West gab. Die Ansicht, dass die Demokratie der Bundesrepublik die beste Staatsform sei, wurde bis Mitte der 1990er unter den Menschen in Westdeutschland von 80 Prozent geteilt, unter Ostdeutschen dagegen nur von 40 Prozent. Im Laufe der Jahrzehnte glichen sich diese Einschätzungen jedoch an und sind heute sogar sehr ähnlich. Was sich nicht angeglichen hat, ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind groß und relativ stabil. Während der Anteil zufriedener Personen 2017 im Westen bei etwa 80 Prozent liegt, ist der Anteil im Osten mit 50 Prozent deutlich niedriger (Fuchs & Roller, 2018). Es ergibt sich also eine Situation, in der die Demokratie in beiden Teilen der Republik gleichermaßen als beste Staatsform angesehen wird, sie aber in ihrer Konkretisierung im Osten auch heute noch deutlich schlechter bewertet wird als dies im Westen der Fall ist. Es ist anzunehmen, dass sich daraus potenziell relevante Unterschiede in der Einschätzung der demokratischen Legitimität ergeben. Legitimität stellt ein wichtiges Bewertungskriterium für demokratische Systeme dar (Kneip et al., 2020) und kann als eine Art Ressource verstanden werden, welche Bürgerinnen und Bürger – durchaus im Sinn einer solidarischen Gemeinschaft – an das System binden kann. Es gibt einen starken Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und der Legitimität des politischen Regimes, auch wenn sie nicht identisch sind. Während erstere auch immer eine Leistungsbeurteilung enthält – also Politikergebnisse in nicht bestimmbarer Umfang in diese Bewertung eingehen – sollte die Legitimität der repräsentativen Demokratie weitgehend unabhängig von policy outcomes sein und stärker auf die Bewertung von Soll und Ist bezüglich der politischen Spielregeln gestützt sein (Weißels, 2016). Wie ist es tatsächlich um die Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland bestellt? Sind es noch die Unterschiede zwischen Ost und West oder spielen inzwischen andere Faktoren eine größere Rolle für die Legitimität in alten und neuen Bundesländern?

Legitimität: Übereinstimmung zwischen Soll und Ist

Es gibt eine Reihe von Erklärungsansätzen bzw. Hypothesen, die versuchen, diese Unterschiede zu erklären. Die These von den Sozialisierungseffekten des DDR-Regimes nimmt an, dass die autoritäre Tradierung des Regimes Demokratie-Lernen nicht erlaubte und eine gewissen Demokratieresistenz existiere (Gabriel, 2001; Westle, 1994). Eine weitere prominente Erklärung versucht die Situationshypothese, die davon ausgeht, dass die objektiv materiell schlechtere Situation in den neuen Bundesländern insbesondere in den frühen 1990ern zu einer geringeren Zufriedenheit mit der deutschen Demokratie führe. Auch enttäuschte Erwartungen werden als Erklärung angesehen, weil die Politik nicht das gehalten habe, was versprochen wurde („blühende Landschaften“).

Es gibt also plausible, theoretisch begründete Erklärungen für die Unterschiede zwischen Ost und West, die auch die Legitimität der repräsentativen Demokratie Deutschlands betreffen können. Dabei verstehen wir die zugeschriebene Legitimität einer Demokratie als den Unterschied zwischen der Vorstellung darüber, wie die Demokratie idealerweise sein *sollte* und der Bewertung, wie sie tatsächlich *ist*. Aus dem Vergleich von Soll und Ist kann ein Maß der Realisierung des Gewünschten konstruiert werden. Es beruht auf einer Vielzahl von Fragen zu verschiedenen Aspekten der Demokratie, die zu einem Gesamtmaß der Legitimität führen. Eine erste umfangreiche Messung dieses Konzeptes von demokratischer Legitimität wurde im Modul „Bedeutung und Evaluierung der Demokratie“ im European Social Survey, Welle 6 (2012) durchgeführt. Es werden die gewünschten Normvorstellungen zur liberalen, repräsentativen Demokratie mit elf Items in den Bereichen Wahlen, Parteien, Rechtsstaat und Regierung gemessen sowie mit weiteren elf Items die Evaluation des Ist-Zustandes.¹ Eine zweite Studie, die das gleiche Konstruktionsprinzip von Legitimität erlaubt, ist der Demokratiemonitor 2019, der in einer Zusammenarbeit der Bertelsmann Stiftung und der Abteilung

„Demokratie und Demokratisierung“ des Wissenschaftszentrums Berlin durchgeführt wurde. Hier wurden für die Legitimitätsmessung jeweils neun Items pro Bereich für die gewünschten Normen und neun Items zur Evaluierung ihrer Realisierung für die Bereiche Wahlen, Parteien, Parlament, und Regierung² Salden bestimmt, normiert und es wurde der Durchschnitt ermittelt. Auch wenn die jeweils gemessenen Items dem European Social Survey und dem Demokratiemonitor entstammen, lassen sich die Ergebnisse zu der Frage, in welchem Umfang das „Ist“ der Demokratie in Deutschland dem „Soll“ entspricht, welches die Bürger an die Demokratie anlegen, auf der generalisierten Ebene vergleichen.

Der Sozialisierungshypothese nach müssten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen existieren und insbesondere dann, wenn die Ostdeutschen ihre prägenden Jahre, also die sozialisierungsrelevante Zeit, unter dem DDR-Regime erlebt haben. Daher wurden Jüngere und Ältere unterschieden. Ältere haben mindestens ihr 18. Lebensjahr in der Zeit vor 1990 erlebt, Jüngere mindestens ihren 18. Geburtstag nach 1990. Für die Älteren in Ostdeutschland bedeutet das eine DDR-Sozialisierung. Die empirischen Befunde sprechen nicht für die Sozialisierungsthese. 2012 gibt es nahezu keine Unterschiede zwischen Ost und West, jünger und älter oder der Kombination aus beidem. Bildung macht auch keinen Unterschied. 2019 liegt das Niveau der Legitimität zwar insgesamt etwas niedriger, aber die Unterschiede zwischen Ost und West sind zu vernachlässigen,

auch in der Kombination mit Alter. Das Alter allein produziert hingegen einen signifikanten Unterschied: Jüngere, egal ob aus Ost oder West, sprechen der repräsentativen Demokratie eine höhere Legitimität zu als die Älteren (Tabelle 1).

Es finden sich empirisch keine Hinweise, die die Sozialisierungsthese stützen würden. Dieses Ergebnis ist hinsichtlich der Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Demokratie in Ost und West nicht ganz neu (Hinrichs & Nauenburg, 2005), wohl aber bezogen auf ein Konzept von Legitimität, das diese Operationalisierung theoriekonform in die Übereinstimmung von Soll und Ist umsetzt (Friedrich, 1960; Stillman, 1974). Die hohen Werte für die Realisierung des von den Bürgern gewünschten demokratischen Solls verweisen auf eine hohe Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland.

Es gibt zwar keine Unterschiede zwischen Ost und West, aber auch keine einhellige Position der Bürgerinnen und Bürger. 2019 sind für etwa 10 Prozent der Befragten weniger als 50 Prozent des Solls realisiert, was wohl für eine geringe Legitimität spricht und etwa ein Viertel geht von nicht mehr als einer 65-prozentigen Realisierung. Diese Variation in der Legitimitätseinschätzung kann durch solche Hypothesen oder Erklärungsansätzen erklärt werden, die nicht notwendig an eine Region gebunden sind, wie die Situationshypothese oder die Enttäuschungshypothese. Objektiv bestimmbare Unterschiede wie Bildung, Einkommen, oder auch subjektive, wie die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, tragen nicht zur Erklärung der Variation in den Legitimitätseinschätzungen bei.

Tabelle 1 Legitimität der repräsentativen Demokratie 2012 und 2019 nach sozio-demographischen Merkmalen

	2012 (ESS)	2019 (DemoMon)
West	0,82	0,76
Ost	0,79	0,74
Jüngere	0,83	0,81
Ältere	0,80	0,74
West, Jüngere	0,83	0,79
Ost, Jüngere	0,81	0,78
West, Ältere	0,81	0,73
Ost, Ältere	0,79	0,70

Datenbasis: European Social Survey 2012 und Demokratiemonitor 2019.

Zufriedenheit und Legitimität

Es kann also nur um die Wahrnehmung und Deutung von Tatbeständen gehen. Ein Indikator, der direkt etwas über die jeweils persönliche Situation aussagt, ist die Lebenszufriedenheit. Ein weiterer Indikator ist die Zufriedenheit mit dem Sozialstaat. Dabei geht es um die Leistung der Demokratie, Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter abzuf puffern und soziale Sicherheit herzustellen. Vor dem Hintergrund der Debatten über den Sozialstaatsabbau mit der Agenda 2010 der Regierung Schröder kann dieser Indikator wohl als Hinweis auf enttäuschte Erwartungen angesehen werden. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass etwa 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Aussage zustimmen, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat (Fuchs & Roller, 2018). Ein weiterer Indikator für enttäuschte Erwartungen ist die Verletzung politischer Responsivität durch Politikerinnen und Politiker, was in der Zustimmung zu der Aussage zum Ausdruck kommt, „die Politiker kümmern sich nicht darum, was einfache Leute denken“ (Formulierung aus dem Demokratiemonitor 2019).

Werden die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben, dem Sozialstaat und den Politikerinnen und Politikern wiederum nach Ost und West und Jüngeren und Älteren betrachtet, ergeben sich bei der Lebenszufriedenheit keine relevanten Unterschiede zwischen den vier Gruppen, bei der Sozialstaatszufriedenheit ein kleiner Unterschied zwischen Ost und West, vor allem aber zwischen den Jüngeren und den Älteren, wobei letztere eine geringere Zufriedenheit zeigen. Die Zufriedenheit mit den Politikerinnen und Politikern, bestimmt als Nichtzustimmung zu der Aussage, „Die Politiker kümmern sich nicht darum, was einfache Leute denken“, ist am geringsten ausgeprägt. Auch hier gibt es kleinere Unterschiede zwischen Ost und West, vor allem aber große Unterschiede zwischen den Jüngeren und den Älteren (Tabelle 2). Was sich bei der Legitimität schon gezeigt hat, wiederholt sich: die Älteren sind mit dem Sozialstaat und den

Politikerinnen und Politikern weitaus weniger zufrieden als die Jüngeren. Während es also kaum eine unterschiedliche Einschätzung der eigenen Situation gibt, ist die Enttäuschung von Erwartungen an die Politik und ihre Akteure deutlich durch Unterschiede zwischen denjenigen gekennzeichnet, deren prägenden Jahre in einer Zeit lagen, als die DDR noch existierte und denjenigen, deren mindestens erste 18 Lebensjahre bereits nach der Vereinigung lagen (Tabelle 2).

In welchem Zusammenhang stehen nun Lebenszufriedenheit als Maß für die persönliche Situation und Sozialstaats- und Politikerzufriedenheit als Maße für erfüllte Erwartungen zur Legitimitätseinschätzung der Bürger? Zu diesem Zweck wurde ein Regressionsmodell berechnet, in dem für die bereits angesprochenen soziodemographischen Merkmale, also Region, Altersgruppe und Bildung kontrolliert wird und Legitimität auf Lebens-, Sozialstaats- und Politikerzufriedenheit regressiert wird.

Die Ergebnisse bestätigen auch in der multivariaten Analyse, was schon die bivariaten Befunde gezeigt haben: Es gibt keinen statistisch signifikanten

Ost-West-Effekt, auch nicht in der Interaktion mit Alter. Für Altersgruppen, die mindestens ihre ersten 18 Lebensjahre vor 1990 erlebt haben, finden wir einen deutlich negativen Effekt auf die Legitimitätsbewertung. Auch besser Gebildete, hier gemessen durch den Bildungsabschluss Abitur oder höher, sprechen der repräsentativen Demokratie in Deutschland eine geringere Legitimität zu als diejenigen ohne Abitur. Von den unabhängigen Variablen der drei Arten der Zufriedenheit gehen durchweg statistisch signifikante Effekte auf die Legitimität aus. Die Effekte sind allerdings deutlich unterschiedlich stark. So hat Lebenszufriedenheit den geringsten und Politikerzufriedenheit den größten Effekt (Tabelle 3).

Die Unterschiedlichkeit der Wirkung der drei Arten der Zufriedenheit lässt sich am einfachsten durch die geschätzten Effekte auf die Legitimität optisch darstellen. Dabei zeigt sich, wie auch schon an den Regressionskoeffizienten zu sehen, dass mit steigender Lebenszufriedenheit zwar die Legitimität signifikant ansteigt, aber in einem sehr moderaten Maß von 0,71 auf etwa 0,74.

Tabelle 2 Zufriedenheit und Unzufriedenheit nach Altersgruppe und Region, 2019

	Lebens- Zufriedenheit	Sozialstaats- Zufriedenheit	Politiker- Zufriedenheit
West, Jüngere	0,66	0,54	0,33
Ost, Jüngere	0,65	0,51	0,30
West, Ältere	0,65	0,49	0,22
Ost, Ältere	0,64	0,45	0,18
N	6.217	5.540	6.188

Datenbasis: Demokratiemonitor 2019

Skala Lebenszufriedenheit: 0 ganz und gar unzufrieden; 10 vollkommen zufrieden.

Skala Sozialstaatszufriedenheit: 1 = stimme überhaupt nicht zu; 7 = stimme voll und ganz zu.

Politikerzufriedenheit: „Politiker kümmern sich nicht“, 7 trifft nicht zu; 1 trifft voll und ganz zu.

Für die Vergleichbarkeit wurden die Skalen rekodiert auf einen Bereich von 0 bis 1.

Tabelle 3 Regression Legitimität auf Lebens-, Sozialstaats- und Politikerzufriedenheit unter Kontrolle soziodemographischer Merkmale

	Koeffizient	T	P>t
Lebenszufriedenheit	0,004	4,6	0,000
Sozialstaatszufriedenheit	0,022	18,6	0,000
Politikerzufriedenheit	0,034	25,8	0,000
Ost (=1 vs. 0)	0,004	0,5	0,648
Ältere (=1 vs. 0)	-0,040	-8,0	0,000
Interaktion Ost und Ältere	-0,015	-1,5	0,143
Abitur (=1 vs. 0)	-0,038	-9,0	0,000
Konstante	0,853	73,0	0,000
Adj. R ²	0,250		
N	5.504		

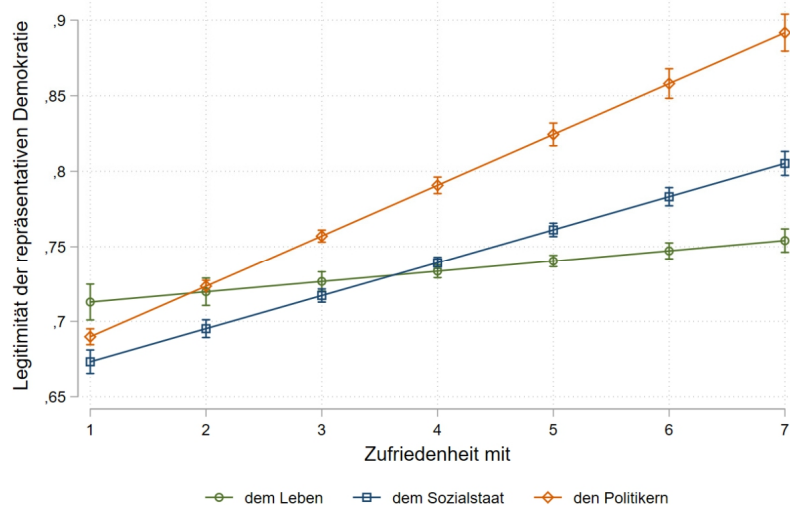
Datenbasis: Demokratiemonitor 2019.

Die Steigung sieht bei der Sozialstaatszufriedenheit schon deutlich anders aus. Die niedrigste Zufriedenheit geht mit einem Legitimitätsmaß von etwa 0,67, die höchste mit einem Legitimitätsmaß von 0,80 einher. Den weitaus stärksten Effekt hat die Politikerzufriedenheit. Diejenigen, die meinen, die Politikerinnen und Politiker würden sich um die Belange der kleinen Leute kümmern, geben der repräsentativen Demokratie einen Legitimitätswert von 0,89, diejenigen, die meinen, sie würden sich nicht kümmern lediglich einen Wert von 0,69 (Grafik 1).

Nicht Sozialisation, nicht Situation, sondern enttäuschte Erwartungen

Die Ergebnisse zeigen, dass dreißig Jahre nach der Vereinigung keine Unterschiede in der Anerkennung der Legitimität der Demokratie in Deutschland zwischen Ost und West erkennbar sind. Dies ist nicht nur ein positiver Befund für die aktuelle Lage, sondern weist auch mit Blick auf die Auswertung älterer Daten darauf hin, dass dies auch schon knapp 10 Jahre früher gegolten hat und damit relativ stabil zu sein scheint. Daraus den Schluss zu ziehen, in Deutschland gäbe es keine Legitimitätsprobleme, wäre aber kurzsichtig. Im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung Deutschlands war vermutlich das größte Problem der politischen Kultur in Deutschland der große Unterschied zwischen Ost und West. Heute ist dieser regionale Unterschied kaum noch von Bedeutung und das auch dann nicht, wenn zusätzlich Sozialisierungseffekte anhand des Alters mitberücksichtigt werden. Auch die Situation hat weder regional spezifiziert noch generell einen besonders starken Effekt auf die Legitimität. Dass die Situation regional keinen Unterschied macht, verweist darauf, dass die nach wie vor existierenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West keine größere Rolle für die Beurteilung der repräsentativen Demokratie (mehr) spielen. Der Effekt ist zwar da, aber doch sehr schwach. Die stärksten Unterschiede in der Legitimitätseinschätzung resultieren aus politischen Beurteilungen. Es sind politische Erwartungen an

Grafik 1 Marginale Effekte der drei Arten von Zufriedenheit auf die Legitimität der repräsentativen Demokratie



Datenbasis: *Demokratiemonitor 2019*.

den Sozialstaat und an die Responsivität der Politikerinnen und Politiker. Hohe Zufriedenheit mit dem Sozialstaat als Garant der Sicherheit vor Risiken wie Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter und die Überzeugung, die Politikerinnen und Politiker kümmern sich um die kleinen Leute, gehen mit sehr hoher Unzufriedenheit und mit recht niedrigen Niveaus von Legitimität der repräsentativen Demokratie in Deutschland einher. Vertrauensverluste in Parteien sowie Politikerinnen und Politiker stellen nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Demokratien ein zentrales Problem dar (Sanhueza Petrarca & Horvath, 2019). Defizite der Vereinigung scheinen verschwunden, aber insbesondere die Responsivität der Politik muss gesichert werden und sie damit ihre Rolle als Mörstel der politischen Solidargemeinschaft weiterhin behalten soll.

Literatur

Demokratiemonitor. (2019). Online-Umfrage der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 3-Wellen-Panel, Feldzeit April-Juli 2019, Fragebögen. Retrieved April 23, 2020, from <https://perma.wzb.eu/Legitimitaet2019>.

European Social Survey. (2012). *ESS Round 6 Source Questionnaire*. Centre for Comparative Social Surveys, City University London. Retrieved April 23, 2020, from http://www.europeansocialsurvey.org/docs/round6/fieldwork/source/ESS6_

[source_main_questionnaire.pdf](#)

Friedrich, C. J. (1960). Die Legitimität in politischer Perspektive. *Politische Vierteljahresschrift*, 1, 119–132.

Fuchs, D., & Roller, E. (2018). Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In *Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, 358–365. Bundeszentrale für Politische Bildung.

Gabriel, O. W. (2001). Politische Orientierungen im vereinten Deutschland. Auf dem Wege zur „Civic Culture“? In Bertram, H., & Kollmorgen, R. (Hrsg.), *Die Transformation Ostdeutschlands* (pp. 97–129). Springer Fachmedien Wiesbaden.

Hinrichs, W., & Nauenburg, R. (2005). Unterschiedliche Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland. *Deutschland Archiv*, 38(3), 393–401.

Kneip, S., Merkel, W., & Weßels, B. (Hrsg.). (2020). *Legitimitätsprobleme: Zur Lage der Demokratie in Deutschland*. Springer Fachmedien Wiesbaden.

Sanhueza Petrarca, C., & Horvath, S. (2019). Das Vertrauen in Parteien in europäischen Demokratien. *Solikris Policy Brief #3*, Solikris/Gesis, Köln.

Stillman, P. G. (1974). The Concept of Legitimacy. *Polity*, 7(1), 32–56. <https://doi.org/10.2307/3234268>

Weßels, B. (2016). Democratic Legitimacy. Concepts, Measures, Outcomes. In Ferrín, M., & Kriesi, H. (Hrsg.), *How Europeans View and Evaluate Democracy* (pp. 235–256). Oxford University Press.

Westle, B. (1994). Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 46, 571–596.

1 Für die Legitimitätsmessung wurden die Fragen E1 bis E7, E10, E12, E14 und E16 für das Soll und die Fragen E17 bis E23, E25, E26, E28 und E30 für das Ist herangezogen (European Social Survey, 2012).

2 Die Daten können hier eingesehen werden: <https://perma.wzb.eu/Legitimitaet2019>.

heiko.giebler@wzb.eu

sandra.horvath@wzb.eu

bernhard.wessels@wzb.eu

doi: 10.15464/isi.65.2020.3-7

Krise oder Unterstützung der (repräsentativen) Demokratie in Deutschland?

Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte 1991-2018.

Kathrin B. Busch

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mehr als 3 Jahrzehnte sind seit Beginn der wirtschaftlichen und politischen Umbrüche in Osteuropa und der Wiedervereinigung Deutschlands vergangen. Doch auch heute noch sind Fragen über die Verfassungswirklichkeiten der „neuen“ Demokratien sowie über die Werte, Normen und Einstellungen der Menschen von Relevanz. In Deutschland zeigen sich weiterhin Unterschiede zwischen Ost- und West, zum Beispiel im Anteil sogenannter „unzufriedener DemokratInnen“: Während diese die Demokratie stützen, haben sie häufig nur wenig Vertrauen in politische Institutionen wie in das Parlament oder die Regierung (vgl. Klingemann 2014). Der vorliegende Beitrag setzt den Fokus auf die Frage, wie sich allgemeine Bewertungen von PolitikerInnen in Bezug zur Erfüllung wichtiger demokratischer Prinzipien auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken. Dazu werden Befragungsdaten aus der Allgemeinen Bevölkerungsstudie (Allbus) genutzt, die zwischen 1988 und 2018 erhoben wurden. Es zeigt sich, dass Bewertungen „der Politiker“ in Bezug zu ihrem Eingehen auf die Menschen (Responsivität) sowie in Bezug zur Vertretung des Volkes (Repräsentativität) die Demokratiezufriedenheit maßgeblich mit beeinflussen. Für AnhängerInnen der Partei „Die Linke“ und der AfD sind die Bewertungen von Responsivität und Repräsentativität auf die Demokratiezufriedenheit teilweise von noch stärkerer Bedeutung. Mit der Untersuchung von Einstellungen zu politischen Prozessen legt der Beitrag den Schwerpunkt auf einen Teil der politischen Kultur, der bisher in der Forschung weniger Beachtung gefunden hat.

zusetzen. Diese wurde in Deutschland erstmals in den 90er Jahren relevant, als Bürgerentscheide und Verfahren für Volksbegehren auf kommunaler und Landesebene eingeführt wurden, auf Bundesebene aber an der für Grundgesetzänderungen notwendigen Zweidrittelmehrheit im Bundestag scheiterten (vgl. Schiller & Mittendorf 2002). Bis vor ein paar Jahren wurde das Thema „direkte Demokratie“ eher von der politischen Linken besetzt (vgl. Christmann 2009), bei den Parteien vor allem von SPD, Grünen und der Partei Die Linke. Jedoch griff es auch die 2013 gegründete Partei AfD auf, die in der Bundestagswahl 2017 die weitreichendsten Forderungen, zum Beispiel „Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild“ stellte¹. Gleichzeitig gab und gibt die Partei vor, als einzige die „Stimme des Volks“ zu vertreten. Ihre Kritik an den etablierten Parteien betrifft unter anderem genau das Thema eines (angeblichen) Responsivitäts- und Repräsentativitätsmangels. Wird diese häufig wiederholte Behauptung von ihren Anhängern verinnerlicht, sollte dies dazu führen, dass diese noch unzufriedener mit der Demokratie werden.

Im Folgenden soll untersucht werden, ob sich die Wahrnehmung von Repräsentativität sowie eines Responsivitätsmangels auf die Zufriedenheit mit der Demokratie auswirken und ob diese

Die Unterstützung des politischen Systems durch seine BürgerInnen ist ein wichtiges Fundament für dessen Erhalt und Funktion. Dies gilt umso mehr für repräsentative Demokratien, deren Prinzipien der Repräsentativität und Responsivität davon abhängig sind, dass sich die Bevölkerung politisch einbringt und die Politik nicht die Bedürfnisse von Teilen der Bevölkerung gänzlich missachtet. So können Wahlen nur dann ein

gutes Maß an Repräsentativität erzielen, wenn Angehörige aller Bevölkerungsschichten partizipieren. Responsivität ist nur erreichbar, wenn Menschen ihre politischen Bedürfnisse artikulieren und die entsprechenden Themen von der Politik erkannt und aufgegriffen werden.

Die Kritik an einem Mangel an Repräsentativität und Responsivität geht häufig mit der Forderung einher, mehr Verfahren der „direkten Demokratie“ ein-